

# Enquête-Kommission zu Fluchtursachen gefordert

109 Träger des Bundesverdienstkreuzes appellieren an die „Weltverantwortung“ des Bundestags

BERLIN - Drei prominente Träger des Bundesverdienstkreuzes wollen der Flüchtlingspolitik eine neue Richtung geben. Der Bürgerrechtler Ralf-Uwe Beck, die Ehrenvorsitzende des BUND, Angelika Zahrt, und der frühere Umweltminister und Chef des UN-Umweltprogramms Klaus Töpfer haben als „private Initiative“ im Kreis der Verdienstkreuz-Träger um Unterstützung für ihren Aufruf gebeten. 106 schlossen sich den dreien sofort an. Am Dienstag begründeten sie in Berlin, warum der im September neu gewählte Bundestag im kommenden Jahr eine Enquête-Kommission „Fluchtursachen“ einsetzen sollte. Schon jetzt luden die Initiatoren die Parteien ein, „die Forderung in ihre Wahlprogramme aufzunehmen“.

Klaus Töpfer hatte zunächst Bedenken, ob Träger des Bundesverdienstkreuzes überhaupt zu irgendetwas aufrufen dürften. Aber Angelika Zahrt hatte sich im Bundespräsidialamt rückversichert und dort auch erfahren,

dass es bisher nichts Vergleichbares gab. Ralf-Uwe Beck wünscht sich die Enquête-Kommission, um den „Fluchtursachen auf den Grund zu gehen“.

Wenn sich die Parteien im Bundestag über die politischen Lager hinweg in dieser Einschätzung einig würden, „dann können sie daraus auch Maßnahmen ableiten, wie die Fluchtursachen angegangen werden können“, sagte Beck. Klaus Töpfer ergänzte, dass es um die „Weltverantwortung“ Deutschlands gehen solle.

Angelika Zahrt nannte von den umstrittenen Handelsabkommen der Europäischen Union mit afrikanischen Wirtschaftsbündnissen über die EU-Fischereiabkommen mit einigen westafrikanischen Staaten bis hin zu den Rüstungsexporten und der Steuervermeidung internationaler Konzerne gleich ein halbes Dutzend „Fluchtursachen“, die zu untersuchen

sich lohne. Klaus Töpfer sagte, sie hätten „nicht mehr hinnehmen wollen“, dass die Debatte über Flüchtlinge zu einer „reinen Statistik“ verkürzt werde. Es gehe nur noch darum, die Zahlen der Ankommenden zu senken. Bekämpft würden Flüchtlinge – und nicht die Fluchtursachen.

Die Liste der Unterstützer enthält prominente Namen wie Gesine Schwan, die zwei Mal als Bundespräsidentin kandidiert hatte, oder Hans-Joachim Schellnhuber, den Gründungspräsidenten des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung,



Foto: Ralf Hirschberger/epa/dpa

**Töpfer: „Wir wollen nicht hinnehmen, dass die Debatte zu Statistik wird“**

den Migrationsforscher Klaus Bade, den Chef des Bundesverbands Erneuerbarer Energien, Fritz Brickwedde, und die prominente Bischöfin Margot Käßmann. Töpfer sagte: „Es ist ein breiter Durchschnitt durch die Gesellschaft.“ Träger des Bundesverdienstkreuzes, „stehen für Initiativen, die sich für das Gemeinwohl engagieren“, ergänzte Beck.

Ob eine Enquête-Kommission Erfolg hat oder nicht, ist schwer vorherzusehen. Die Klima-Enquête in den frühen 1990er Jahren wirkt mit ihren Ergebnissen bis heute nach. In der aktuellen Legislaturperiode hat der Bundestag komplett auf das Instrument verzichtet, das besonders geeignet ist, komplexe Fragen für das Parlament aufzuarbeiten. In der vorhergehenden Legislaturperiode gab es eine Wachstums-Enquête, die sich mit der Frage beschäftigte, wie ein „gutes Leben“ definiert werden könnte und ob das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) eigentlich das einzige Maß für den Erfolg einer Gesellschaft ist. Sie konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Abschlussbericht einigen – den schaffte die Enquête „Internet und digitale Gesellschaft“ immerhin. Töpfer sagte: „Die Themen liegen doch in der Luft.“ Und das sei eine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Enquête.

DAGMAR DEHMER

# Willko

Nach der SPD haben auch die Grünen ein Einwanderungsgesetz vorgelegt

VON ULRIKE SCHEFFER

BERLIN - Ein modernes Einwanderungsgesetz – sagen die Grünen. „Und dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, daran gibt es wohl keinen Zweifel“, sagte die Parteivorsitzende, Kati Göring-Eckardt, am Dienstag in Berlin. Deutschland habe einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften, den es im Inland nicht decken könne. Nach der SPD haben die Grünen daher nun einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Das Leitmotiv dahinter: „Einwanderung wird nicht als Problem gesehen, sondern ist erwünscht und muss aktiv gestaltet werden“, erläuterte Mitverfasser Volkmar Beck. Entsprechend solle das geltende Aufenthaltsrecht in „Gesetz zur Förderung der Einwanderung und der Integration von Ausländern, kurz Einwanderungsgesetz“ umbenannt werden.

Konkret zielt der Entwurf darauf ab, Zuwanderung deutlich zu erleichtern und Hürden bei der Integration und Einbürgerung von Einwanderern abzubauen. Qualifizierte Ausländer sollen über eine sogenannte Talentkarte die Möglichkeit erhalten, auch ohne ein konkretes Arbeitsplatzangebot nach Deutschland zu kommen. Ein Jahr lang sollen sie eine Anstellung suchen dürfen, Anspruch auf soziale Unterstützung hätten sie in der Zeit nicht. Die Grünen nennen dies eine anbieterorientierte Zuwanderung. „Damit können wir den Bedürfnissen mittelständischer und kleiner Unternehmen entgegenkommen, die keine eigenen Rekrutierungsbüros im Ausland betreiben können“, erläuterte Göring-Eckardt.

Grundlage für die Talentkarte ist ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Eine Kommission soll dafür jährliche Kontingente für bestimmte Berufsgruppen und Qualifikationen festlegen.

Die sogenannte Vorrangprüfung soll für qualifizierte Bewerber grundsätzlich abgeschafft werden. Vor einer Einstellung müsste dann nicht mehr geprüft werden, ob es auch geeignete deutsche Bewerber für eine Stelle gibt. Aus Sicht der Grün-